

Zeltfestveranstalter sollen keine "Extrawürste" braten dürfen

Utl.: Fairness-Appell an Parlamentarier - Kröll: "Sollen die Wirte vielleicht auch die Bundesheerausrüstung mitfinanzieren?" =

Wien (PWK) - "Es ist zu hoffen, daß die Abgeordneten nicht nur die Vorteile der Vereine im Auge haben, sondern auch die Interessen der Wirtschaft berücksichtigen. Immerhin ist das heimische Gastgewerbe mit 40.000 Betrieben und mehr als 100.000 Beschäftigten ein ganz wichtiger Arbeitgeber, der unter einer Legalisierung der unlauteren Konkurrenz durch Zeltfeste besonders zu leiden hat", meldet sich der Obmann der Bundessektion Tourismus und Freizeitwirtschaft, Komm.Rat Hansjörg Kröll, zu der innerhalb und außerhalb des Parlaments laufenden "Zeltfeste"-Diskussion zu Wort. ****

Wie berichtet, hat der Verwaltungsgerichtshof kürzlich zugunsten der Wirte bei Zeltfestveranstaltungen entschieden, wogegen jetzt heftig auf politischer Ebene interveniert wird. Zeltfestveranstalter, so der Wunsch mancher Politiker, sollen eine "Extrawurst" braten dürfen.

Bei den Zeltfestumsätzen gehen dem Staat Millionenbeträge an Steuereinnahmen verloren. "Überall wird die Steuerschraube angezogen und zum Kampf gegen den Pfusch mobilisiert. Es ist daher völlig unannehmbar, daß hier mit Hilfe öffentlicher Stimmungsmache großzügige Ausnahmen aus der für alle geltenden Gewerbeordnung durchgedrückt werden sollen", appelliert Kröll an die Parlamentarier, sich nicht einseitig zulasten des Gastgewerbes vereinnahmen zu lassen. Es liege auch im Interesse der Konsumenten, wenn die in der Gewerbeordnung festgelegten Auflagen, von der Abfallentsorgung bis hin zu den Sanitäreinrichtungen, nicht "verwässert" werden. Diese oft sehr kostspieligen Bestimmungen müssen von den Wirten peinlich genau eingehalten werden.

Die Ausrüstung der Feuerwehren oder die Aufbringung von Mitteln für das Rote Kreuz sind Aufgaben, die unbestritten im Interesse der Allgemeinheit liegen. Deshalb sollte auch die Allgemeinheit für die Finanzierung sorgen, und nicht diese Aufgabe zulasten einer Branche, der Gastronomie, zu lösen versuchen.

Bei mehr als zehntausend "Zeltfesten" pro Jahr werden in ganz

Österreich Milliardenbeträge umgesetzt, die der Gastronomie entgehen. Auch der Fiskus schaut weitgehend durch die Finger", bekräftigt Kröll die Forderung, Zeltfeste "nicht ohne Wirt" abzuhalten.

"Wenn's so leicht geht: womöglich kommen da noch andere auf den Geschmack. Wird das Bundesheer vielleicht auch einmal einen Teil seiner Ausrüstungen über Zeltfesteinnahmen finanzieren wollen?", fragt der Sprecher der Fremdenverkehrswirtschaft.

(Schluß) hp

Rückfragehinweis: Bundessektion Tourismus und Freizeitwirtschaft

Syndikus Dr. Paul Schimka

Tel. 501 05 DW 3567

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0187 1998-05-26/12:59

261259 Mai 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980526_OTS0187